

Sitzungsniederschrift

9. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und ÖPNV und 7. Sitzung des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt und Klimaschutz (gemeinsame Sitzung)

Sitzungsort: "Sturmfrei", Störtebekerstraße 18, 26553 Dornum		
Sitzungsdatum: 30.03.2023	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 16:05 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion / Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Jacobsen, Alfred	SPD	
Trauernicht, Matthias	FW im Landkreis Aurich	
Mitglieder		
Albrecht, Hinrich	SPD	
Bargmann, Bodo	CDU/FDP	
Behrends, Kuno	SPD	
Buschmann, Saskia	CDU/FDP	
Buss, Sarah	CDU/FDP	
Gerpen, Dorothea van	SPD	
Harms, Uwe	CDU/FDP	
Jelken, Friedhelm	CDU/FDP	
Kleen, Johannes	SPD	
Krüger, Detlev	FW im Landkreis Aurich	
Odens, Roelf	CDU/FDP	
Ott, Gunnar	GRÜNE	
Reinders, Hermann	CDU/FDP	
Saathoff, Georg	SPD	
Seeberg, Timo	SPD	
Stange, Axel	SPD	

9. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR WIRTSCHAFT, TOURISMUS UND ÖPNV UND 7. SITZUNG DES
 AUSSCHUSSES FÜR RAUMORDNUNG, UMWELT UND KLIMASCHUTZ (GEMEINSAME SITZUNG)

Stöhr, Uwe	SPD	
Trauernicht, Hinrich	SPD	
Weiss, Edgar	FW im Landkreis Aurich	
Wienbecker, Johann	FW im Landkreis Aurich	
Wittmer-Kruse, Olaf	GRÜNE	
Grundmandat		
Looden, Jan	AfD	
Beratende Mitglieder		
Brötje, Helge		Gewerkschaften
Noosten, Carl		Landwirtschaftlicher Hauptverein für Ostfriesland e.V. (LHV)
Verwaltung		
Meinen, Olaf		
Smolinski, Sebastian		
Athen, Eiko		
Hartmann, Florian		Protokollführer
Orlik, Holker		
Beninga, Ludwig		
Nicht anwesend:		
Mitglieder		
Bathmann, Harald	SPD	
Ennen, Jann	CDU/FDP	
Gossel, Arnold	CDU/FDP	
Harm-Rehrmann, Angela	SPD	
Schoone, Friede	SPD	
Tammen, Harald	CDU/FDP	
Tjaden, Hinrich	CDU/FDP	
Grundmandat		
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	
Beratende Mitglieder		
Dirks, Hinrich		Landwirtschaftskammer Nieder- sachsen (LWK)
Edzards, Jochen		Verkehrsverbund Ems-Jade

Neumann, Hartmut	Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg
Runge, Rolf	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)
Steven, Michael	Naturschutzbund Deutschland (NABU)
Valentien, Helge	Handwerkskammer Ostfriesland
Wagner, Erich	DEHOGA

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1** Eröffnung der Sitzung
- 2** Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 3** Feststellung der Tagesordnung
- 4** Einwohnerfragestunde
- 5** Geplantes EU-Verbot von Grundsleppnetzen - Auswirkungen auf Krabbenfischerei und Tourismus, Vortrag von Dirk Sander (1. Vorsitzender des Verbandes der Deutschen Kutter- und Küstenfischer e.V.)
- 5.1** Antrag der Fraktion Freie Wählergemeinschaft vom 15.03.2023; Solidarität mit unseren Krabbenfishern - Gemeinsame Resolution
Vorlage: X-AF/2023/016
- 6** Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
- 7** Einwohnerfragestunde
- 8** Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der **Vorsitzende Herr Jacobsen** begrüßt die Teilnehmer und eröffnet die 9. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und ÖPNV und 7. Sitzung des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt und Klimaschutz (gemeinsame Sitzung) um 15:00 Uhr.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit werden vom **Vorsitzenden Herrn Jacobsen** festgestellt.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird festgestellt.

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Fragen seitens der Einwohner vor.

TOP 5 Geplantes EU-Verbot von Grundschleppnetzen - Auswirkungen auf Krabbenfischerei und Tourismus, Vortrag von Dirk Sander (1. Vorsitzender des Verbandes der Deutschen Kutter- und Küstenfischer e.V.)

Vorsitzender Jacobsen erteilt das Wort an **Herrn Sander, 1. Vorsitzender des Verbandes der Deutschen Kutter- und Küstenfischer e.V.**

Herr Sander beschreibt die aktuelle Lage der Küstenfischer. Bereits jetzt seien bedingt durch vorhandene Naturschutzgebiete, Offshore-Windanlagen und Kabeltrassen große Gebietsverluste für die Fischer auf der Nordsee zu verzeichnen. Die Fischerei habe eine MSC-Zertifizierung erhalten. Ebenso sei der Nationalpark Wattenmeer mit der vorhandenen Fischerei als Weltnaturerbe klassifiziert worden. Die eingesetzten Grundschleppnetze besäßen leichte Rollen und hätten nur eine minimale Bodenberührung. Die Fangmethode sei für die Krabbenfischerei alternativlos und werde stetig weiter verbessert. Es seien auch nach über 100 Jahren Fischerei mit dieser Fangmethode noch Krabben und Seehunde in der Nordsee vorhanden. Die Kutter besäßen maximal 300 PS und seien dadurch zu schadhafte Bodenumwälzungen gar nicht in der Lage. Umso überraschender haben die Fischer die Nachricht vom geplanten EU-Verbot für die bodenberührende Fischerei getroffen. Das geplante Verbot habe nicht nur unmittelbare, sondern auch mittelbare Folgen. Die Kutter der Fischer würden einen immensen Wertverlust erleiden, die Kreditwürdigkeit der Fischer leide bereits jetzt und auch



weitere Betriebe wie z.B. Netzmachereien würden von den Folgen eines Verbotes betroffen sein. **Herr Sander** berichtet ferner vom Besuch der Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Frau Miriam Staudte, in Neuharlingersiel, bei dem ihr die eingesetzte Fangmethode veranschaulicht wurde. Ebenso nimmt er Bezug auf die zahlreichen Proteste der Fischer und Landwirte im Rahmen der Agrarministerkonferenz in Büsum, an denen über 100 Kutter teilgenommen haben. Vor dem Hintergrund der Nachricht, dass die EU bereits zurückrudere, fordert **Herr Sander** dazu auf, das Thema im Blick zu behalten und weiterzumachen, bis das Papier komplett verworfen werde, um die Tradition der Küsterfischerei zu erhalten. Zudem bedankt er sich für die breite Unterstützung, die die Fischerei seit Bekanntwerden der EU-Pläne erfahren habe.

Vorsitzender Trauernicht erkundigt sich, ob Nachfragen zum Vortrag bestehen. Da dies nicht der Fall ist, übergibt er das Wort an **Herrn Landrat Meinen**.

Landrat Meinen begrüßt die Anwesenden und bedankt sich bei Herrn Sander für den Vortrag. Die Emotionalität sei während des Vortrages zu spüren gewesen. Laut **Landrat Meinen** gehören Kutter zur ostfriesischen Tradition an der Küste und er habe große Sorge, dass EU-Regelungen in Brüssel ohne Kenntnis der tatsächlichen Auswirkungen vor Ort getroffen würden. Derzeit gebe es rund 100 Familien in Ostfriesland, die zum Teil seit mehreren Generationen in der Krabben- und Muschelfischerei tätig seien und schon alleine dadurch ein eigenes Interesse an einer nachhaltigen Fischerei hätten. Es sei wichtig, die gemeinsame Resolution als Zeichen der Unterstützung zu verabschieden und weiter wachsam zu bleiben, auch um der Fischerei in Ostfriesland wichtige Planungssicherheit zu ermöglichen. Bei alledem dürfe die Akzeptanz der Politik der EU nicht verloren gehen.

Vorsitzender Trauernicht bittet um weitere Wortmeldungen.

Abgeordnete Buss schließt sich den Ausführungen an und sichert der Fischerei Unterstützung zu. Zudem beklagt sie ebenfalls eine schwindende Akzeptanz der EU in der Bevölkerung, die durch mangelnde Kenntnis der Auswirkung bestimmter Regelungen vor Ort eintrete.

Laut **Herrn Gerold Conradi, 2. Vorsitzender des Verbandes der Deutschen Kutter- und Küstenfischer**, betreffe das geplante EU-Verbot ca. 7.000 Fischereibetriebe in Europa, alleine in Greetsiel seien 200 Arbeitsplätze betroffen. Der Fischerei werde durch Kabeltrassen, ca. 1.200 Offshore-Windkraftanlagen und Naturschutzgebieten die Existenzgrundlage genommen. Durch die MSC-Zertifizierung, die alle vier Jahre eine Rezertifizierung beinhalte, sei die Fischerei immer schonender und nachhaltiger.

Bürgermeisterin Looden (Krummhörn) betont, dass die Tourismusgemeinden an der Küste im Nationalpark bisher keine Probleme hatten. Es gebe ein gutes Miteinander mit einem gewachsenen Vertrauen. Das im Aktionsplan verankerte Grundnetzfishereiverbot sei daher ein großer Fehler. Dieser Fehler müsse korrigiert werden.

Abgeordneter Looden betont, dass in der Fischerei ein Strukturwandel kommen werde. Durch die aktuell angedachte Verordnung werde den Krabben- und Muschelfischern vor Ort jedoch quasi ein Berufsverbot erteilt. Diese Folgen müssten von der Politik weitergetragen werden, um das Strategiepapier zu verändern. Das Ziel der nachhaltigen Fischerei wolle sicher jeder, jedoch müssten die Folgen beachtet werden.

Beratendes Mitglied Noosten (LHV) merkt an, dass die EU Ziele vorgebe, deren Umsetzung liege in der Zuständigkeit von Bund und Ländern. Als Beispiel nennt er den Niedersächsischen Weg. Daher sei eine generelle EU-Verdrossenheit gefährlich. Zudem erhofft Herr Noosten sich eine ähnlich breite Unterstützung in Themenbereichen, die die Landwirtschaft vor Ort betreffen.

Abgeordneter Odens gibt seine Unterstützung für die Krabben- und Muschelfischer kund.

Abgeordneter Wittmer-Kruse betont, dass die Fraktion der Grünen hinter den Fischern und der Resolution stehe und eine Entwicklung der Fischerei ohne pauschale Verbote nötig sei, um die Zukunft der Fischerei vor Ort zu sichern. Es sei Aufgabe der Lokalpolitik das hier vorhandene Wissen weiterzugeben.

Laut **Abgeordneten Krüger** zeigt sich die Wichtigkeit der Resolution durch die hohe Teilnehmerzahl an der gemeinsamen Ausschusssitzung trotz der Osterferien. Ein Verbot der grundberührenden Fischerei hätte weitreichende Folgen. Kutter und Fischerei gehörten zu Ostfriesland und sichere Arbeitsplätze vor Ort, auch im Bereich Tourismus. Aus diesem Grund habe seine Fraktion der Freien Wähler um die Resolution gebeten. Er bedauere, dass die eingebrachte Resolution der Freien Wähler nicht im Kreistag in der Vorwoche verabschiedet wurde, freue sich jedoch über die heutige Verabschiedung der Resolution des Landkreises. Dies sei ein wichtiges Signal in Richtung Brüssel im Sinne der hiesigen Wirtschaft und Tradition.

Abgeordneter Kleen bedankt sich bei Herrn Sander für das fachliche Statement und befürwortet die fachlich korrekte Resolution.

Abgeordneter Looden bemängelt die Vielzahl der bereits vorhandenen EU-Regelungen, die Fischerei und Landwirtschaft betreffen. Diese sollten reduziert werden. Er fordert auf wachsam zu sein, um die Interessen der hiesigen Bevölkerung zu vertreten.

Abgeordneter Weiß begrüßt den Protest gegen die Verordnungswut aus Brüssel mit ständig neuen Verboten wegen Klima und Umwelt.

Da keine Wortbeiträge mehr erfolgen, schließt **Vorsitzender Trauernicht** den Tagesordnungspunkt.

TOP **Antrag der Fraktion Freie Wählergemeinschaft vom 15.03.2023; Solidarität mit unseren Krabbenfischern - Gemeinsame Resolution**
5.1 **Vorlage: X-AF/2023/016**

Nach kurzen Erläuterungen von **Abgeordneter Buss** und **Abgeordneten Ott** werden geringfügige Änderungen an der Resolution vorgenommen. So wird im vorletzten Absatz auf S. 1 im letzten Satz folgende Passage gestrichen: "und lässt sich durch die ideologisch gefärbte Begründung nicht rechtfertigen".

Der erste Absatz des Resolutionstextes lautet nunmehr wie folgt:

"Wir rufen die Europäische Union, den Bund und das Land Niedersachsen zum sofortigen Stopp des geplanten pauschalen Verbotes der grundberührenden Fischerei



(Grundschieppnetze) auf. Gleichzeitig bekunden wir unsere volle Solidarität mit den betroffenen Fischern und bieten im Rahmen unserer Möglichkeiten jede notwendige Hilfe an. Zusätzlich unterstützen wir die politischen Gespräche auf allen Ebenen, die sich um den Stopp des geplanten Verbotes bemühen.

Miteinander wollen wir uns für den Erhalt des regionalen Kulturgutes sowie für die Menschen, die unmittelbar und mittelbar vom Fischfang an der deutschen Küste leben, einsetzen.“

Vorsitzender Jacobsen lässt sodann über die geänderte Fassung der Resolution abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 20 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 6 Verschiedenes, Wünsche, Anregungen

Abgeordneter Jelken weist darauf hin, dass der Wolf zunehmend zum Problem im ostfriesischen Raum werde. So sei kürzlich ein Waldkindergarten in Ihlow vorübergehend geschlossen worden. Die Verwaltung wird um Information gebeten, wie mit dem Problem umzugehen sei.

Landrat Meinen erläutert, dass sich die Zuständigkeit des Landkreises zum Thema Wolf in Grenzen halte. Das Nds. Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz, die Landwirtschaftskammer Niedersachsen und der Niedersächsische Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz seien hauptsächlich die zuständigen Stellen. Das Umweltministerium habe im Fall Ihlow gute und schnelle Arbeit geleistet. Die Wolfspopulation werde steigen und folglich die Sorgen der Landwirte und Schäfer bleiben, da der Wolf rechtlich eine streng geschützte Tierart sei. Er schlägt vor, dass Umweltministerium zu einer der nächsten Sitzung des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt und Klimaschutz einzuladen.

Abgeordneter Behrends unterstreicht die Wichtigkeit, das Thema Wolf politisch anzusprechen, da es viele Menschen in Ostfriesland betreffe.

Herr Sander bedankt sich zum Abschluss bei den Anwesenden für die Unterstützung.

TOP 7 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Fragen seitens der Einwohner vor.

TOP 8 Schließung der Sitzung

Der **Vorsitzende Herr Trauernicht** schließt die Sitzung um 16:05 Uhr.

gez. Jacobsen

gez. Trauernicht

gez. Hartmann

Alfred Jacobsen
-Vorsitzender-

Matthias Trauernicht
-Vorsitzender-

Florian Hartmann
-Protokollführer-